

Instrumente für eine sichere Landwirtschaft?

Gentechnikfreie Regionen

Seit 2003 wird die Koexistenz aller landwirtschaftlichen Anbauformen gefordert. Das beinhaltet auch den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen. Ein räumliches Nebeneinander ist in der Praxis jedoch kaum realisierbar. Daher gründen sich vermehrt gentechnikfreie Regionen auf Basis von Selbstverpflichtungserklärungen. Sie sollen die regionale Freiheit von gentechnisch veränderten Organismen sichern.

Die EU-Kommission hat ihr de facto Moratorium für die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im Sommer 2003 mit einem Erlass aufgehoben. Zukünftig soll das Nebeneinander zwischen GMO einsetzenden Landwirten und ihren konventionellen oder biologischen Berufskollegen möglich sein. Allerdings scheint die propagierte Koexistenz in der Praxis kaum realisierbar zu sein. Untersuchungen in Nordamerika zeigen, dass trotz großer Betriebsstrukturen ein Nebeneinander kaum funktioniert. Angesichts der vergleichsweise kleinbetrieblichen Agrarstruktur in Deutschland stellt sich die Frage, wie hier eine gentechnikfreie Landwirtschaft gesichert werden kann. Das im Entwurf vorliegende Gentechnikgesetz der Bundesregierung leistet hierzu nur einen eingeschränkten Beitrag.

Von Christian Kublicke und Guido Nischwitz

Vorschläge für die Modellregion erarbeitet, zweitens werden die politisch-rechtlichen und regionalen Rahmenbedingungen analysiert und drittens wird die generelle Umsetzbarkeit von GMO-freien Regionen in Deutschland sondiert. Dieser Beitrag stellt ein Zwischenfazit dar. Er gibt erste Erfahrungen in der Modellregion wieder sowie mögliche weitergehende Strategien, die eine langfristige Belastbarkeit von gentechnikfreien Regionen gewährleisten können.

► Erfahrungen der Modellregion

Die Modellregion unterliegt zurzeit einer dynamischen Expansionsentwicklung, die durch zwei Aspekte definiert wird: erstens durch eine hohe interne Integrationsbereitschaft und zweitens durch einen starken Außendruck. Integrierender Konsens unter den Landwirten ist der Verzicht auf den Einsatz von GMO. Ging diese Idee ursächlich von ökologisch wirtschaftenden Landwirten aus, so sind inzwischen auch konventionelle Betriebe mit an der Initiative beteiligt. Es hat sich eine Interessengemeinschaft konstituiert, in der sich heterogene Teilnahmemotivationen – ethische, ökologische sowie ökonomische – treffen, was von den Teilnehmern positiv bewertet wird. Denn es gilt ausdrücklich den Eindruck zu vermeiden, sich zu stark über ein ökologisches Selbstverständnis zu definieren, da sonst eine Vielzahl von Landwirten ausgeschlossen würde. Auch von Akteuren aus der Region kommen mittlerweile Unterstützungsbekundungen. Diese werden von den Landwirten derzeit sondiert, wobei auf eine möglichst große Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Gentechnikfreien Region geachtet wird.

Neben der internen Integrationsbereitschaft ist es auch der hohe Außendruck, der die regionale Kooperation schnell wachsen lässt. Abgesehen von den bis dato unvorhersehbaren Risiken für Mensch und Natur, sind es die fehlenden Regelungen der Koexistenz, die die Landwirte zur Teil-

nahme treibt. Weder die Frage der Haftung im Falle einer Kontamination, noch die „gute fachliche Praxis“ sind im Detail geregelt. Folge ist, dass sowohl die Unsicherheit hinsichtlich der finanziellen Risiken als auch der Konsens über die Notwendigkeit einer selbst initiierten regionalen Gegenmaßnahme umfassend sind. Die große mediale Zuwendung ist dabei ebenfalls förderlich.

► Hemmnisse und Gefahren

Ziel der Gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim ist es, die Eintrittsschwelle so niedrig wie möglich zu halten, um möglichst viele Landwirte zu akquirieren. Dies birgt zum jetzigen Zeitpunkt zwar den Vorteil eines Expansionspotenzials, bringt aber zwei Gefahren mit sich. Einerseits kann eine zunehmende Teilnehmerzahl zu einer Reduktion der Steuerbarkeit führen. Um dem entgegenzuwirken wurden ein Sprecherrat und ein Projektbüro installiert, das für die organisatorische Betreuung verantwortlich ist. Andererseits korrespondiert die leichte Eintrittsmöglichkeit mit einer niedrigen Austrittsschwelle. Die Selbstverpflichtungserklärung verlängert sich automatisch nur um ein Jahr, so dass sich der momentan bestehende Konsens jederzeit auflösen kann.

Diese Gefahr stellt sich jedoch noch nicht. Sie wird erst akut, wenn der Außendruck abnimmt. Dann wird das konsensuale Fundament der Region eine erste Belastungsprobe erfahren. Die Haftungsfrage könnte dabei entscheidend sein. Sie wird im neuen Gentechnikgesetzentwurf nach dem Verursacherprinzip geregelt. Das macht es für den einzelnen Landwirt wenig attraktiv GMO einzusetzen, da die finanziellen Risiken nicht absehbar sind. Würde hier aber, wie vom Deutschen Bauernverband gefordert, eine Fondslösung implementiert werden, die sowohl die Prozesskosten als auch die Schadenskosten auf vielfältige Akteure wie Saatgutindustrie oder Landwirte umlegt, wäre das finanzielle Risiko für den Einzelnen geringer und damit der Anreiz GMO einzusetzen höher.

► Andere Regionen

Da die gesetzliche Unsicherheit bundesweit gleich ist, ist die Einrichtung von GMO-freien Regionen durch eine hohe Dynamik gekennzeichnet. In Deutschland waren es im März 2004 rund 15 Regionen, die sich als gentechnikfrei bezeichnen, wobei die Tendenz zunehmend ist. Es zeichnen sich dabei verschiedene Herangehensweisen ab. So hat man sich in Mecklenburg-Vorpommern, ähnlich wie in der Uckermark, selbst organisiert. Im Biosphärenreservat Spreewald wiederum geht

► Gentechnikfreie Regionen

Daher gründen Landwirte in ganz Deutschland auf Grundlage von freiwilligen Selbstverpflichtungserklärungen seit Anfang des Jahres vermehrt gentechnikfreie Regionen. Sie verzichten auf den wissentlichen Einsatz von GMO in der Tier- und Pflanzenproduktion. Eine der ersten und gleichzeitig größten Regionen ist die in Brandenburg gelegene gentechnikfreie Region Uckermark-Barnim. Sie hat sich am siebten Januar 2004 konstituiert und umfasst mittlerweile 38 konventionell und ökologisch wirtschaftende Landwirte, die zusammen 15.600 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften (1).

Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung führt eine Sondierungsstudie zu Gentechnikfreien Regionen in Deutschland durch (2). Modellregion ist dabei der regionale Zusammenschluss im nordöstlichen Brandenburg. Die Studie zielt auf dreierlei: Erstens werden konkrete Umsetzungs-

die Initiative von Seiten der Reservatsverwaltung aus. In Bayern sind es in erster Linie die übergeordneten Bauernverbände, die zur GVO-Freiheit aufrufen. Hinsichtlich der Selbstverpflichtungserklärung ist ebenfalls eine kaum zu überschauende Vielfalt zu konstatieren. Sie reichen von Minimalerklärungen bis hin zu relativ umfassenden Erklärungen. Auch bezüglich der landwirtschaftlichen Strukturen sind große regionale Unterschiede vorhanden. Den großbetrieblichen Strukturen im Norden und im Osten Deutschlands stehen die eher kleinbetrieblichen Agrarstrukturen in Süddeutschland gegenüber. Welche Hemmnisse und Potentiale mit der organisatorischen, inhaltlichen und regionalen Vielfalt verbunden sind, wird in einem nächsten Schritt der Studie evaluiert werden. Ziel ist herauszuarbeiten, welcher organisatorische Ansatz hinsichtlich welcher agrarstrukturellen Voraussetzung praktikabel erscheint.

► Weiterführende Strategien

Um eine langfristige Etablierung von Gentechnikfreien Regionen zu sichern, genügt es nicht auf die momentane Dynamik zu vertrauen. Vielmehr gilt es die derzeitige Transitionsphase zu nutzen. Dafür sind durchaus Ansatzmöglichkeiten vorhanden. Die Freisetzungsrichtlinie (2001/18) und die Verordnung zu gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln (1929/2003) der EU ermöglicht es kleinräumige, auf konkrete Erzeugnisse bezogene Schutzräume auszuweisen. Demnach wäre es vorstellbar, Regionen zu deklarieren, in denen GVO-freies

Saatgut erzeugt wird. Hier könnten Bund und Länder eingreifen, um die Reinheit des GVO-freien Saatguts durch die Ausweisung geschlossener Anbaugelände sicherzustellen (SaatVerkG 1985 § 29). Einen anderen Anpassungsweg gibt der Entwurf des Gentechnik-Vorsorgegesetzes des österreichischen Bundeslandes Kärnten vor. Hier wird innerhalb naturschutzrechtlich besonders geschützter Bereiche eine ausgewiesene GVO-Freiheit geregelt.

In den Regionen können durch strategische Allianzen Synergieeffekte freigesetzt werden, die sowohl die wirtschaftliche Rentabilität der GVO-Freiheit fördern als auch eine organisatorische Handlungsfähigkeit der Region sicherstellen. Hier bieten sich Entwicklungskonzepte und Managementstrukturen der LEADER+- sowie der Region aktiv-Programme an. Dazu werden in der Modellregion erste Gespräche geführt.

Mittelfristig aber können solche Regionen nur durch die Entwicklung einer ökonomischen Perspektive belastbar sein. Besonders die vermehrte Saatgutproduktion, die Nutzung von GVO-freien Regionen als Referenzflächen für das Monitoring, die Entwicklung eines eigenen Gütesiegels sowie die touristische Vermarktung solcher Regionen sind anzugehen. Dafür bedarf es allerdings einheitlicher Kontrollmechanismen. Wie kann die GVO-Freiheit einer ganzen Region gegenüber wirtschaftlichen Unternehmen garantiert werden? Hierzu sind entweder zuverlässige regionale Mechanismen oder bundesweite Verfahrenswege zu implementieren.

Das sich auftuende Zeitfenster gilt es weiterhin konsequent in Wert zu setzen und potentielle strategische Partner zu akquirieren. Mit der zunehmenden Vernetzung geht allerdings zwangsläufig ein Kontrollverlust auf Seiten der Landwirte einher. Dieses Moment ist gerade hinsichtlich der Motivation nicht zu unterschätzen. Sie könnte dann schnell wieder rückläufig sein. Der Erfolg solcher Regionen wird aber weiterhin primär von Landwirten abhängig sein. Gentechnikfreie Regionen können nur dann standfest sein, wenn Kooperationsformen gefunden werden, die dem Spannungsverhältnis von regionaler Eigenständigkeit auf Seiten der Landwirte und der Forderung nach verlässlichen Kontrollmechanismen auf Seiten der Wirtschaft gerecht werden, um einen ökonomischen Mehrwert für beide zu erzielen.

Anmerkungen

(1) Stand 02.03.2004

(2) Gefördert wird die Sondierungsstudie Gentechnikfreie Regionen durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN).

Die Autoren

Dr. Guido Nischwitz ist Leiter des Forschungsfeldes Regionale Wirtschaftspolitik / Nachhaltige Regionalentwicklung am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Christian Kuhlicke ist freier Mitarbeiter am IÖW.

Kontakt: IÖW Hannover, Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover. Tel. 0511-1640343, E-Mail: Guido.Nischwitz@hannover.ioew.de, Christian.Kuhlicke@ioew.de

ökom verlag – Wir publizieren Zukunft

BUND und UnternehmensGrün (Hrsg.)

Zukunftsfähige Unternehmen

Die Weichen für zukunftsfähiges Wirtschaften sind gestellt. Einige Firmen sind schon auf diesen Zug aufgesprungen und gehen offensiv mit ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung um. Wer sind diese modernen Unternehmen und auf welche Konzepte stützen sie sich? Das Buch gibt Pionieren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft alles Wissenswerte für eine nachhaltige Wirtschaftsweise an die Hand.

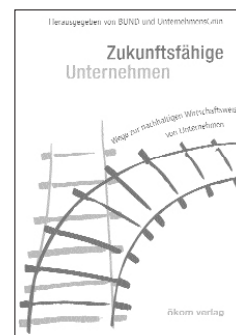
Theorie...AutorInnen aus Wissenschaft, Unternehmen und Verbänden entwerfen in ihren fundierten Beiträgen Konzepte einer nachhaltigen Unternehmensführung.

Praxis...23 Unternehmen unterschiedlicher Branchen berichten über ihre Erfahrungen und best practice Beispiele. Sie zeigen, dass es keine Standardlösungen gibt, sondern jedes Unternehmen zur eigenen Strategie und Kultur der Nachhaltigkeit finden muss.

Vision...Die Herausgeber und Unternehmer starten mit diesem Buch einen offenen Diskurs. Der Weg für Kooperationen, Diskussionsrunden und weitere Projekte zwischen Umweltverbänden und Unternehmen ist damit bereitet.

BUND und UnternehmensGrün (Hrsg.), ökom verlag, München 2002, 256 Seiten
Preis 18,50 € (zzgl. Versandkosten), ISBN 3-928244-81-7

Erhältlich bei CONSODATA ONE-TO-ONE,
Sammelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155, Fax -131,
E-Mail kontakt@oekom.de



(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.